

diglich Zeit herausfinden, um ihre Position zu konsolidieren, griechische Zyprioten aus den Besatzungsgebieten zu vertreiben und ihre Teilungspläne voranzutreiben.

VII. Als Vertreter der türkischen Zyprioten erklärte Nail Atalay in der Ratsdebatte, die Vorschläge der griechischen Volksgruppe entbehrten der »Vision« und entsprächen nicht den »Realitäten in Zypern«. Sie berücksichtigten nicht die Zeit zwischen 1963 und 1974, in der die türkischen Zyprioten »bewaffneten Angriffen, Unterdrückung und jeglicher Art von Diskriminierung« ausgesetzt gewesen seien. Die »Griechen können nicht die Realität akzeptieren, die darin liegt, daß sie niemals wieder ihren Willen den türkisch-zypriotischen Partnern aufzwingen können, die sie zwölf Jahre lang zu zerstören versuchten«. Die türkischen Zyprioten seien nunmehr in einer Zone versammelt und gedächten diese Situation auch nicht mehr zu ändern. Wenn die Welt wirklich eine friedliche und dauerhafte Zypern-Lösung wolle, so müsse sie die Begründung einer biregionalen Föderation in Zypern auf der Basis der Gleichberechtigung der beiden Volksgruppen unterstützen. Bei der Erörterung einer konstitutionellen Zypern-Lösung dürfe die Frage des Bevölkerungsanteils keine Rolle spielen. Das entscheidende Kriterium sei vielmehr die Gleichberechtigung beider Gruppen. — Zum Territorialproblem erklärte Atalay, 32,8 vH Zyperns seien gegenwärtig türkisch kontrolliert und nicht 40 vH wie dies die griechische Propaganda behauptete. 33,8 vH des privaten Landes Zyperns sei im Besitz von türkischen Zyprioten, und der türkische Anteil am Staatsland betrage zusätzlich 25 vH. Im Verlauf der Debatte bestritt Christophides die von Atalay genannte Zahl über den privaten türkischen Landbesitz. Er belaufe sich auf nur 12,3 vH. Eine Kontroverse entzündete sich an der Zahl der griechisch-zypriotischen Flüchtlinge, die von türkischer Seite mit 90 000 angegeben wurde. Christophides erinnerte daran, daß das UNO-Sekretariat von 184 000 spreche. Woraufhin Atalay erklärte, das Sekretariat habe keine unabhängige Erhebung angestellt, sondern verwende die Zahlen der griechischen Seite.

VIII. Der Generalsekretär hatte in seinem Bericht an den Sicherheitsrat gesagt, die Situation der griechischen Zyprioten im Norden sei ein Grund zu ernster Besorgnis, nicht nur aus humanitären Gründen, sondern weil sie auch erhöhte Spannungen zwischen den Volksgruppen mit sich brächte und damit die Friedensbemühungen störe. Waldheim stellte fest, daß die UNO-Truppe (UNFICYP) am freien Zugang zu den griechischen Zyprioten im Norden gehindert werde. Er wies zudem auf die prekäre Finanzlage der rund 3 000 Mann starken Truppe hin. Das UNFICYP-Defizit belaufe sich auf bereits über 40 Mill. Dollar.

Zu den politischen Aspekten des Zypern-Problems erklärte der Generalsekretär, vor einer Wiederaufnahme der Zypern-Gespräche müßten eindeutig angemessene Zusicherungen darüber vorliegen, daß die Gespräche sinnvoll und produktiv sein

würden und daß beide Seiten bereits eingegangene Vereinbarungen einhielten. Beide Seiten müßten auch die legitimen Wünsche und Erfordernisse der Gegenseite berücksichtigen. In der Ratsdebatte am 15. Juni bekräftigte Waldheim diese Auffassung und erklärte, er werde seinerseits alle Anstrengungen unternehmen, damit der Verhandlungsprozeß wieder fortgesetzt werden könne. PWF

Wirtschaft und Entwicklung

ILO: Die Weltbeschäftigungskonferenz entwirft umfassende Strategien zur Überwindung der Armut der Massen (24)

(Vgl. zu den folgenden Ausführungen die Beiträge in VN 3/1976 S. 65 ff.)

I. Eine Grundsatzerklärung und ein Aktionsprogramm für die nächsten Jahre, zusammengefaßt in einem gemeinsamen Schlußdokument, sind das Ergebnis der Weltbeschäftigungskonferenz der ILO, die vom 14. bis 17. Juni 1976 in Genf stattfand und an der Regierungs-, Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertreter aus 121 Ländern teilnahmen. Die Verabschiedung des Dokuments erfolgte per Akklamation. Damit hat die Weltbeschäftigungskonferenz zumindest formal einen sehr viel befriedigenderen Abschluß gefunden als andere Weltkonferenzen der jüngsten Zeit. (Dies ist wichtig z. B. für die Einstellung der USA zur Internationalen Arbeitsorganisation. Die USA haben im vorigen Jahr vorsorglich ihre ILO-Mitgliedschaft gekündigt, und es war erkennbar, daß sie ihre endgültige Entscheidung vor allem von dem Ablauf der nächsten ILO-Tagungen und insbesondere dem Umfang eventueller politischer Störmanöver abhängig machen wollen). (Vgl. hierzu VN 1975 S. 186 ff.)

II. In der Sache am bedeutendsten ist die Übereinstimmung der Delegierten über die sogenannte Strategie der Grundbedürfnisse (basic needs strategy). Sie wurde von der ILO gemeinsam mit einigen wissenschaftlichen Gremien formuliert. Sie besagt, daß wesentlichstes Ziel der Entwicklungspolitik der nächsten 25 Jahre die Anhebung der Massen auf einen gewissen Mindestlebensstandard in jedem Lande, anders ausgedrückt, die Erfüllung gewisser Grundbedürfnisse (basic needs), sein muß. Die Hebung des produktiven Beschäftigungsniveaus ist hierbei sowohl als Ziel wie auch als Mittel zu verstehen. In dieser Konzeption ist das Streben nach möglichst beschleunigtem Wirtschaftswachstum mit sozialen Zielsetzungen zu einer einheitlichen Politik auf nationaler sowie internationaler Ebene vereint, und die Weltbeschäftigungskonferenz hat folgerichtig gefordert, daß die gegenwärtige Zweite Entwicklungsdekade auf diese Ziele hin revidiert werden müsse, ebenso wie diese Kern der Strategie der Dritten Dekade sein sollten. In diesem Zusammenhang wird weiter vorgeschlagen, einen Teil des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) für Maßnahmen zur Hebung des ländlichen Beschäftigungsniveaus zu reservieren, wo die Unterbeschäftigung am gravierendsten ist.

III. Der verabschiedete Aktionsplan ist auf drei Aspekte der Beschäftigungsförderung konzentriert:

1. Internationale Maßnahmen zur Verhütung negativer Auswirkungen der Gastarbeiterbewegungen. Zwar muß oberstes Ziel der nationalen und internationalen Maßnahmen auf diesem Sektor sein, mehr und bessere Arbeitsmöglichkeiten im eigenen Lande zu schaffen und das Volumen der Gastarbeiterbewegungen allmählich einzuschränken. Zumindest auf mittlere Frist wird es aber auch vor allem um angemessenen Schutz und Bedeutung für die Gastarbeiter und ihre Familien gehen. Die Konferenz forderte den Abbau jeder Diskriminierung und die Verhinderung des »illegalen Handels« mit Gastarbeitern durch ein wirksames System internationaler Vereinbarungen.

2. Die Entwicklung von Technologien, die den nationalen Ressourcen und dem Entwicklungspotential der einzelnen Länder optimal angepaßt sind. Jedes Land hat grundsätzlich ein Recht auf geeignete Technologie nach eigener Wahl. Dabei sollte ein Gleichgewicht zwischen arbeits- und kapitalintensiven Technologien angestrebt werden, das den jeweiligen Entwicklungszielen am besten dient. Die Delegierten schlugen eine verstärkte internationale Zusammenarbeit und insbesondere die Errichtung von nationalen und regionalen Zentren für die Entwicklung und den Transfer von angepaßten Technologien vor.

3. Entscheidende Anstrengungen zur Erreichung der Vollbeschäftigung in Entwicklungsländern. Die Änderungen der internationalen Wirtschaftsordnung, die zur Verwirklichung dieses Zieles erforderlich sind, sollten jedoch nirgendwo auf Kosten der Arbeitnehmer gehen. Deshalb sind besondere Anpassungshilfen an diese strukturellen Veränderungen ein soziales Gebot. Hierher gehören nicht nur die sozialen Schutzmaßnahmen gegen die Risiken des Verlustes des Arbeitsplatzes, wie sie in den Industrieländern üblich sind, sondern auch spezielle Anpassungshilfen für die am meisten gefährdeten Gruppen, wie Frauen, jugendliche Arbeitnehmer, Gastarbeiter, Behinderte u. a. Insbesondere sollten die verfügbaren regionalen Sozialfonds, z. B. der Fonds der Europäischen Gemeinschaft, für solche Anpassungsmaßnahmen genutzt werden.

IV. Hinsichtlich der Rolle der Transnationalen Unternehmen in diesen Entwicklungsprozessen konnten die Delegierten keine Übereinstimmung erzielen. Damit wurde aus der Schlußerklärung ein wichtiges, aber kontroverses Kapitel ausgeklammert.

Das Internationale Arbeitsamt soll in den nächsten Jahren den Mitgliedsländern helfen, die für die Verwirklichung dieser neuen Entwicklungskonzeption erforderlichen statistischen und administrativen Grundvoraussetzungen zu schaffen und vor Ende der siebziger Jahre über die erzielten Fortschritte berichten. — Die Grundsatzerklärung ebenso wie das Aktionsprogramm werden zweifellos noch andere UN-Gremien, besonders den Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC), beschäftigen. FGS